



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-91709
Fax : (0221) 221-26592
E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 19.07.2017

**Auszug
aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Anregungen
und Beschwerden vom 04.07.2017**

öffentlich

**4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO "Bewegungsmöglichkeiten für ein E-Mobil" (AZ.: 02-1600-218/16)
1295/2017**

Vor Eintritt in die Beratung erläutert Herr Dr. Höver die Entscheidungszuständigkeit der Bezirksvertretung Nippes. Die Entscheidung über Maßnahmen in der betreffenden Straße haben nur Auswirkungen auf den Bezirk Nippes. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden wird aber auf Wunsch der Petentin als Vorberatungsgremium beteiligt (§ 14 Abs. 10 der Hauptsatzung). Versehentlich wurde die Vorlage aber der Bezirksvertretung Nippes bereits vor dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt, so dass die Bezirksvertretung erst im Nachgang über das Beratungsergebnis des Ausschusses informiert werden kann. Die Bezirksvertretung Nippes hat sich gegen die beantragten Vorschläge (z.B. Absenkung des Bürgersteigs) ausgesprochen, sondern für den Auftrag an die Verwaltung, den Bereich im Rahmen der personellen Kapazitäten verstärkt zu überwachen und das Parken neu zu ordnen, so dass eine ungehinderte Passage möglich ist.

Herr Clasen, Seniorenvertreter, erläutert im Auftrag der Petentin die Eingabe. Herr Rothe vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik nimmt dazu Stellung. Herr Schneider (SPD) kritisiert, dass die in der Vorlage genannten Anlagen nicht vorliegen, so dass keine umfassende Bewertung der Angelegenheit möglich sei. Außerdem erwarte er, dass die in der ablehnenden Begründung angeführte Argumentation „aus rechtlichen Gründen“ erläutert werde. Er plädiert dafür, eine Lösung zu finden, die der Petentin eine sichere Querung der Fahrbahn in unmittelbarer Nähe möglich macht. Herr Fischer (Grüne) schließt sich dieser Kritik an. Er bemängelt außerdem, dass der Beschluss der Bezirksvertretung Nippes der Vorlage nicht hinzugefügt sei. Herr Pohl (CDU) stellt in Frage, aus welchem Grund an anderen Stellen Gehwegabsenkungen möglich seien, an der von der Petentin beantragten jedoch nicht. Die einfachste Lösung sei hier, der Anregung der Petentin zu entsprechen.

Herr Rothe erklärt, dass es keinen rechtlich begründbaren Anspruch auf einen barrierefreien Zugang auf die Fahrbahn gebe, so wie die Petentin es fordere. Dies müsse in jedem Einzelfall begründet und mit den öffentlichen Interessen, beispielsweise nach Parkraum abgewogen werden.

Herr Fischer plädiert für folgenden geänderten Beschlusstext:

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe. Der Ausschuss spricht sich dafür aus, sofort alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um dem Anliegen der Petentin zu entsprechen. Der Ausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Nippes daher, eine Dringlichkeitsentscheidung zu treffen und die Verwaltung mit den erforderlichen Maßnahmen zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Herrn Erkelenz (CDU).